

A. BINNENMARKT

1. DIE FREIBERUFLICH KEIT IM BINNENMARKT SICHERN, QUALITÄT UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN

Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt? Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen? Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

Freiberuflichkeit kann durch einen verbesserten Zugang zu europäischen Bildungsprogrammen sowie einen verbesserten Zugang zu Finanzierungsprogrammen wie bspw. COSME, das Programm für kleine und mittlere Unternehmen, gesichert werden. Dieses wird momentan im Rahmen des EU-Haushalts neu verhandelt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Unsere Kolleg* im Deutschen Bundestag streiten für ein modernes und transparentes Kammerwesen und unterstützen den kontinuierlichen Reformprozess im Kammerwesen aktiv.

2. AUSBILDUNG FÜR ALLE FACHRICHTUNGEN DER ARCHITEKTUR UND PLANUNG AUF HOHEM NIVEAU SICHERN

Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsankennungsrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen? Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

Wir unterstützen den Bologna-Prozess, der die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen verbessern soll. Wir fordern dabei sowohl von der Europäischen Kommission als auch von den EU-Mitgliedstaaten ein größeres politisches Engagement und das Bereitstellen größerer finanzieller Mittel. Nur so ist ein echter europäischer Hochschulraum zu erreichen. Uns ist ein hohes Ausbildungsniveau der Europäer*innen wichtig und wir sind überzeugt, dass Europa eine Führungsrolle in Bildung und Ausbildung einnehmen sollte. Deshalb darf die Ausbildung von Architekt*innen und Ingenieur*innen, aber auch aller anderen Planenden Berufe, nicht hinter weltweite Mindeststandards zurückfallen.

3. DEN MARKTZUGANG KLEINER UND MITTELSTÄNDISCH ORGANISierter PLANUNGSBÜROS FÖRDERN

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann? Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinstunternehmen zu erleichtern?

Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Grundlage einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. Wie

bisher unterstützen KMU entsprechend dem europäischen Small Business Act. Die Ziele, die Sie in Ihrem Wahlprüfstein hinsichtlich des Marktzugangs von KMU aus Ihrem Bereich formulieren, unterstützen wir.

4. VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE QUALITÄTSORIENTIERT GESTALTEN – PLANUNGSWETTBEWERBE STÄRKEN

Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern? Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken? Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

Wir werden im öffentlichen Hochbau und für Musterplanungen stärker von Planungswettbewerben Gebrauch machen und dabei ermöglichen, dass sich auch junge und kleine Planungsbüros beteiligen. Wir GRÜNE streiten für die Vereinfachung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe, um sie insbesondere für KMU benutzerfreundlicher zu gestalten. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten darüber hinaus Instrumente einführen, damit KMU besser informiert sind.

5. PRAXISGERECHTE NORMUNG ERREICHEN

Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen? Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

Die Europäische Union muss ihr Standardisierungssystem kontinuierlich verbessern, damit es Wirtschaft und Gesellschaft noch besser unterstützt. Dabei müssen die Anliegen von KMU systematisch berücksichtigt werden, wie es der Tradition europäischer Standardisierungs-Politik entspricht. Die Forderung, dass Normung nicht zur Unterstützung von Politikzielen eingesetzt werden dürfe, würden wir nicht unterstützen, wobei natürlich klar ist, dass es auf die richtige Balance ankommt. Eine Parlamentarisierung von Normierungs- und Standardisierungsverfahren halten wir für falsch; eine solche Politisierung würde mehr Hindernisse schaffen als beseitigen. Normprojekte im Bauwesen müssen nicht nur auf Marktrelevanz und Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte aus Sicht einzelner Unternehmen Rücksicht nehmen, sondern insbesondere auch unter der Perspektive volkswirtschaftlicher Effizienz betrachtet werden. Bei der Revision der EU-Bauprodukteverordnung sollten nationale Sicherheitsanforderungen für Bauwerke einer gemeinsamen Regelung für den europäischen Binnenmarkt nicht im Wege stehen.

6. DIGITALE ENTWICKLUNG IN DER PLANUNGS- UND BAUBRANCHE FÖRDERN

Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?

Ihre Forderung, dass gesetzliche Datenschutzrechte „zukünftig an neue Entwicklungen... angepasst werden“ müssten, ist mindestens zweideutig. Beim Datenschutz geht es um die Realisierung von Grundrechtsstandards, die nicht je nach Entwicklung digitaler Technologien zur Disposition gestellt werden sollten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern? Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern? Wie kann das EU-Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?

Wir stimmen Ihren Überlegungen zu.

B. NACHHALTIGES BAUEN IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

7. KLIMASCHUTZ, ENERGIEZIELE UND KLIMAAANPASSUNGEN ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE BETRACHTEN

Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

Bis 2050 fordern wir den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien - auch im Gebäudebereich. Wir sind zudem überzeugt, dass eine Bepreisung von CO₂ auch bei Baumaterialien zum Umstieg auf nachhaltigere Materialien führen kann. Leider wird dies bislang durch freie Zuteilung von Zertifikaten im Emissionshandel verhindert. Auch sollte bei Gebäudemodernisierungen die Nutzung nachhaltiger Materialien verstärkt gefördert werden.

Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff und Energiequellen stärken?

Wir fordern nicht nur die Nutzung nachhaltiger Materialien, sondern auch den sparsamen und klugen Umgang mit diesen Ressourcen. In einer wirklichen Kreislaufwirtschaft sollen langlebige Materialien genutzt, repariert, wiederverwendet und dann recycelt werden. Auch im Energiebereich reicht es nicht, auf Erneuerbare umzusteigen. Auch diese Energie muss sparsam und effizient eingesetzt werden.

Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren?

In der EU-Förderpolitik, die auch Förderung für Stadtentwicklung einschließt durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), fordern wir GRÜNE, dass ein Anteil von 40% der EFRE-Mittel für das Ziel "Grüneres Europa" ausgegeben wird. Dieses Ziel umfasst auch Maßnahmen in Klimaanpassung und grüne Infrastruktur. Wir gehen damit über den Vorschlag der Europäischen Kommission hinaus. Wir möchten damit erreichen, dass ein wesentlicher Betrag der verfügbaren EFRE-Mittel in Projekte der nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz von Umwelt und Klima gelenkt wird. Zur Sicherung der Klimaverträglichkeit gemeinsamer Infrastrukturprojekte muss Energieeffizienz an erster Stelle stehen. Langfristige ökologische und gesellschaftliche Auswirkungen sowie die Ökobilanz von Projekten müssen berücksichtigt werden.

8. INTELLIGENTE TECHNOLOGIEN IM GEBÄUDEBEREICH SINNVOLL EINSETZEN

Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen? Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Mit dem Digital Europe Programme und mit der Förderung von Digital Innovation Hubs trägt die EU dazu bei, die Digitalisierung der Wirtschaft insgesamt zu unterstützen. Weitere Schritte sind auch in dem vom Europäischen Parlament beschlossenen Bericht zur Digitalisierung der europäischen Industrie enthalten. Insbesondere bei KMU allerdings muss die Bereitschaft, die Digitalisierungsherausforderung ernst zu nehmen, noch deutlich wachsen. Das dafür erforderliche Umdenken kann die öffentliche Hand unterstützen, aber nicht ersetzen.

C. BAUKULTUR UND NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

9. BAUKULTUR STÄRKEN UND GRUNDSÄTZE EINER INTEGRATIVEN UND NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG BERÜCKSICHTIGEN

Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, dass Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne des Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?

Wir setzen uns für Nachhaltigkeit beim Bauen ein und streiten in den relevanten Ausschüssen für eine hochwertige Baukultur im Schulterschluss mit den verschiedenen Berufsgruppen des Planens und Bauens unter Einbezug der Zivilgesellschaft.

Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?

Wir GRÜNE setzen sich seit Jahren sehr erfolgreich für das sogenannte Partnerschaftsprinzip im Bereich der Fördermittel ein. Regionale und lokale Gebietskörperschaften, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie eine Vielzahl von Organisationen, die die Zivilgesellschaft repräsentieren sollen während des gesamten kohäsionspolitischen Programmzyklus, also in die Vorbereitung, Umsetzung, Begleitung und Bewertung, eng einbezogen werden. In den Verhandlungen für die kommende Förderperiode fordern wir außerdem die Einbeziehung von Forschungseinrichtungen und Universitäten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und Städten. Dafür werden wir uns auch in Zukunft im Europäischen Parlament einsetzen.

D. BESSERE RECHTSETZUNG AUF EU-EBENE

10. BESSERE RECHTSETZUNG DURCH VERSTÄRKTE TRANSPARENZ, KLARHEIT UND BETEILIGUNG ERREICHEN

Wie werden Sie zu einer besseren Rechtssetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen? Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistig-schöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?

Was die Praxisnähe bei der Rechtssetzung betrifft, so ist unsere Leitlinie das Subsidiaritätsprinzip. Wir treten dafür ein, dass Entscheidungsspielräume bei den demokratisch legitimierten Räten und Parlamenten verbleiben und so viel wie möglich vor Ort, in den Kommunen, nah an den Bürger*innen entschieden wird. Dazu gehört aber auch, dass wir die EU dort stärker machen wollen, wo gemeinsames, grenzüberschreitendes Handeln notwendig und sinnvoll ist, wie zum Beispiel beim Klima- oder Umweltschutz.

Was die bessere Rechtssetzung auf EU-Ebene betrifft, so unterstützen wir ausdrücklich, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft im Gesetzgebungsverfahren anzuhören. Das Verfahren muss aber fair und transparent sein. Wir setzen uns für den Abbau von Bürokratie ein, darunter dürfen aber Umwelt- und Verbraucherschutz sowie soziale Gesetzgebung nicht leiden.

Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Während einzelne Länder in der Globalisierung kaum noch Einfluss nehmen können, kann Europa neue Standards setzen. Dabei muss die Beteiligung der Bürger mit der Bedeutung der EU mitwachsen. Wir wollen das Europäische Parlament stärken. Es soll in allen Bereichen

gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können. Wir fordern mehr Mitsprache unabhängig von Wahlterminen durch Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative. Um den Lobbydruck wirtschaftlich starker Interessen transparent zu machen, bestehen wir auf einem verbindlichen Lobbyregister für alle Institutionen. Die Rechenschaftspflicht gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit untergraben die Regierungen, indem sie geheim halten, welche Position sie im Rat vertreten. Wo gemeinsame Lösungen fehlen, machen nationale Regierungen "Brüssel" verantwortlich, obwohl nicht klar ist, inwiefern sie dafür selbst verantwortlich sein könnten. Wir fordern, dass Regierungen öffentlich machen müssen, welche Position sie im Rat vertreten.